# STADT KARLSRUHE Ortsverwaltung Stupferich

#### Niederschrift Nr. 37 (Legislaturperiode 2014 – 2019)

über die Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich

am: Mittwoch, 16.01.2019

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 20:55 Uhr

in Karlsruhe-Stupferich, Sitzungssaal.

-----

Vorsitzender: Ortsvorsteher Alfons Gartner

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 11

#### Es waren anwesend:

**CDU:** OR Kast, OR Abendschön, OR Paul, OR Donecker, OR Brenk, OR Nagler **FWV:** OR Gartner, OR Baumann, OR Becker, OR Schwemmle, OR Patzelt

#### Es fehlten:

- **entschuldigt:** OR Vogel (FWV, krankheitsbedingt)
- nicht entschuldigt: -

#### Schriftführerin:

Sonja Doll (OV Stupferich)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Gierth (LA) – TOP 6

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 04.01.2019, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 14.01.2019 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

# 37. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 16. Januar 2019

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 1:** Bürgerfragestunde

**Der Vorsitzende** (Ortsvorsteher Gartner) eröffnet die erste Sitzung im Jahr 2019und begrüßt die Anwesenden, auch den Pressevertreter, ganz herzlich. Durch die Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger erkenne er, dass die Arbeit des Ortschaftsrates ernst genommen wird. Und dies freue ihn ganz besonders.

Er stellt fest, dass die Einladung mit Tagesordnung zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und keine Einwände dazu vorliegen. Weiter führt er aus, dass Ortschaftsrat Vogel (FWV) sich für diese Sitzung krankheitsbedingt entschuldigt hat.

Er tritt in die Tagesordnung ein, ruft TOP 1 und bittet die sich zu Wort gemeldete Bürgerin ihre Frage zu formulieren.

**Bürgerin aus der Trollinger Straße** fragt, wie die neue Parkplatzsituation, bedingt durch das "Faire Parken" angenommen wird.

**Der Vorsitzende** führt aus, dass seit gestern die Falschparker bestraft werden. Das Ordnungs- und Bürgeramt sagte auf Anfrage der Ortsverwaltung zu, auch nach 18 Uhr zu kontrollieren.

Zur Ortsstraße und der Karlsbader Straße führt er aus, dass dort derzeit noch katastrophale Zustände herrschen. Er erwähnt auch an dieser Stelle, dass die Ortsverwaltung dafür nicht verantwortlich ist, sondern jeder einzelne Autofahrer, der widerrechtlich sein Auto irgendwo abstellt.

Ansonsten wird das Faire Parken sehr gut angenommen.

Protokoll zu

**TOP 2:** 

Beleuchtung des P+M Parkplatzes an der Ausfahrt Karlsbad und Einrichtung einer Ladestation für Elektrofahrzeuge Interfraktioneller Antrag, eingegangen am 11.12.2018

**Der Vorsitzende** verliest sowohl den Antrag wie auch die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Karlsruhe dazu.

**OR Kast (CDU)** sieht die Stellungnahme des Regierungspräsidiums positiv. Deshalb ist er der Meinung, den Antrag aufrecht zu erhalten und beim zuständigen Fachamt der Stadt Karlsruhe für den nächsten Doppelhaushalt entsprechende Haushaltsmittel zu beantragen, damit die Umsetzung entsprechend erfolgen kann.

Bei der E-Ladestation sollte man seiner Meinung nach abwarten und zu gegebener Zeit entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

**OR Baumann (FWV)** zeigt sich ebenfalls positiv aufgrund der vom Regierungspräsidium gefertigten Stellungnahme. Auch er ist der Meinung, entsprechende Haushaltsmittel im nächsten Doppelhaushalt unterzubringen.

Zur E-Mobilität führt er aus, dass den Kommunen hierfür 300 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Deshalb schlägt er vor, dieses Thema immer wieder einzubringen.

**OR Nagler (CDU):** Die E-Mobilität wird der Schlüssel sein, ob wir eine Beleuchtung bekommen oder nicht. Die für die E-Mobilität zur Verfügung gestellten Gelder, könnten dort zum Teil eingesetzt werden. Er weist darauf hin, dass es bislang in den Bergdörfern noch keine E-Ladestation gibt. Und einen P+M Parkplatz würde sich dafür anbieten.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass gerade an einem P+M Platz eine E-Ladestation am sinnvollsten angebracht werden könnte. Das Problem wird aber die nicht vorhandene Infrastruktur sein. Abschließend weist er darauf hin, dass der P+M Platz in naher Zukunft doppelt so groß sein wird wie bisher und insofern erhofft er sich die Umsetzung sowohl der Beleuchtung wie auch der Ladestation.

**Herr Gierth (LA)** führt aus, dass die Stadtwerke die Aufträge der Stadtverwaltung ausführen. Der richtige Weg wäre an das Tiefbauamt/Stadtplanungsamt über das zuständige Baudezernat zu gehen, um die entsprechenden Genehmigungen einzuholen. Zur E-Mobilität führt er aus, dass dies das Geschäftsmodell der Stadtwerke sei.

**Der Vorsitzende**: Wir wissen den Weg zu gehen, wo er endet, wissen wir nicht.

**OR Kast (CDU)** weist darauf hin, dass viele Dinge, die der Ortschaftsrat angestoßen hat, Jahre oder sogar Jahrzehnte gedauert haben, bis sie umgesetzt werden konnten. Deshalb sollte man auch hier nicht ungeduldig sein.

Protokoll zu

**TOP 3:** 

Unterstützung des Ortschaftsrates für eine Änderung des Textes über die Nutzungsart der Bergleshalle im Rahmen der damaligen Baugenehmigung

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 18.12.2018

Blatt 1

**Der Vorsitzende** verliest sowohl den Antrag wie auch die Stellungnahme des Bauordnungsamtes. Er führt aus, dass es ihm schwergefallen sei, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

OR Kast CDU): Sein Bestreben war, das Bauordnungsamt darauf aufmerksam zu machen, dass der Ortschaftsrat hinter der Berglesgemeinschaft steht. Und dass dann ein positives Votum abgegeben werden kann. Wenn jetzt – ohne vorherige Abstimmung des Ortschaftsrates – so eine Stellungnahme vorgelegt wird, dann findet er dies sehr positiv. Nachdem sich nun das Bauordnungsamt vier bis sechs Veranstaltungen vorstellen könnte, wäre dies ein erster positiver Schritt, auf den aufgebaut werden kann. Er könnte sich vorstellen, Stupfericher Vereine als Mitglied für die Berglesgemeinschaft zu gewinnen, damit diese ihre Veranstaltungen dort abhalten könnten. Denn diese Veranstaltungen würden dann nicht als Fremdveranstaltungen gezählt. Von Seiten der CDU möchte man auf keinen Fall eine Vermietung an eine Event-Firma. Aus seiner Sicht wäre wichtig, dass die Gemeinschaft Bergle eine Einigkeit herstellt, um einen Schritt in die richtige Richtung gehen zu können. Und damit die Politik nicht weiter eingreifen muss. D. h. jetzt muss ein Finanzkonzept erstellt werden, woraus erkenntlich ist, welche Eigenleistungen sind zu erbringen und welche Fremdleistungen müssen vergeben werden. Sollte es dann immer noch finanzielle Lücken geben, habe die Politik immer noch die Möglichkeit, bei der Stadt Karlsruhe einen entsprechenden Antrag einzureichen.

**OR Baumann (FWV):** Die Vereine bekommen von den Freien Wählern und vom Ortschaftsrat uneingeschränkte Unterstützung. Dies sei schon oft an diesem Tisch geäußert worden und dazu stehe man nach wie vor. Nur hält er momentan diesen Antrag für nicht produktiv.

Der Ortschaftsrat mischt sich ins Vereinsgeschehen ein und deshalb fällt es ihm äußerst schwer, solange kein vereinseigenes Konzept vorliegt, welches der Ortschaftsrat unterstützen und über die Verwaltung forciert werden kann, diesem Antrag in der Art und Weise zuzustimmen. Der Antrag sei seiner Meinung nach kontraproduktiv, weil er bestimmte Pflöcke der Verwaltung festgezurrt hat, die man nachher bei Verhandlungen nicht mehr umwerfen kann. Das Bauordnungsamt hat sich jetzt geäußert und wird sich auch in Zukunft daran halten.

Er bittet deshalb die CDU-OR-Fraktion ihren Antrag zurückzustellen.

**OR Brenk (CDU):** Die CDU ist anderer Meinung. Er möchte die Worte von seinem Fraktionskollegen Kast unterstützen. Der CDU gehe es nicht darum, in das Vereinsleben

Protokoll zu

**TOP 3:** 

Unterstützung des Ortschaftsrates für eine Änderung des Textes über die Nutzungsart der Bergleshalle im Rahmen der damaligen Baugenehmigung

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 18.12.2018

Blatt 2

einzugreifen, aber mit dem Antrag sei man der Meinung, dass die Vereine jetzt eine Steilvorlage bekommen haben, was zu tun. Jetzt müssen sie ihr Konzept erstellen oder auch nicht. Jetzt hat der Ortschaftsrat reagiert und die Stellungnahme des Fachamtes zum Antrag der CDU ist auch deutlich formuliert. Abschließend führt er aus, dass es Aufgabe der Politik sei, die Vereine zu unterstützen. Jetzt sind die Vereine gefordert.

**OR Baumann (FWV):** Das ist gerade die Intension, dass man als Verein von der Politik nicht in irgendeine Schiene gedrängt werden möchte. Er tut sich äußerst schwer, die Freiheit der Vereine zu begrenzen.

**OR Nagler (CDU)** glaubt nicht, dass man mit dem Antrag die Freiheit der Vereine begrenzt. Im Gegenteil, wenn man das nicht machen, entziehe man den in der Berglesgemeinschaft tätigen Vereine die Grundlage für die nächsten Jahre. Und die Vereine sind auf Probe- und Veranstaltungsräume in der Bergleshalle angewiesen, damit sie in den nächsten Jahren weiter existieren können. Er ist der Meinung, dass sich die Politik mit diesem Antrag nicht in das Vereinsgeschehen einmischt, sondern wir geben nur eine Steilvorlage, die auch seitens der Berglesgemeinschaft positiv aufgenommen werden sollte. Mehr könne man seitens der Politik nicht mehr machen, erst dann wieder, wenn das Finanzierungskonzept vorgelegt wird.

**OR Kast (CDU)** wiederholt nochmals, dass jetzt ein Konzept erstellt werden müsste, damit der Ortschaftsrat weiter tätig werden kann. Er weist darauf hin, dass er seinen Antrag nicht zurückziehen möchte und auch den Vereinen nicht vorschreiben möchte, was diese zu tun haben oder sein lassen sollten. Weiter gäbe es auch die Möglichkeit, einen Antrag einzureichen, einen Bebauungsplan zu erstellen, damit die Bergleshalle in einen Flächennutzungsplan mit aufgenommen wird. Es ist ihm nicht bekannt, ob die Berglesgemeinschaft mit dem vorliegenden Angebot zufrieden ist.

**OR Baumann (FWV):** Wenn es darum geht, dass man die Berglesgemeinschaft auf dem Weg, ihr Konzept zu unterstützen und zu verwirklichen, sei dies keine Frage. Nur im Antrag stehe: Änderung des Textes über die Nutzungsart der Bergleshalle. Er findet dies als enge Vorgabe. Deshalb schlägt er vor, die Berglesgemeinschaft ihr Konzept erstellen zu lassen und dann stellt sich der Ortschaftsrat dahinter.

**OR Patzelt (FWV)** ist es nicht klar, in welcher Form der Ortschaftsrat hier unterstützend tätig sein soll. Ihr falle im Moment nur ein als Ortschaftsrat zu sagen, Berglesgemeinschaft du bist jetzt am Zug und erstelle ein Finanzierungskonzept.

Protokoll zu

**TOP 3:** 

Unterstützung des Ortschaftsrates für eine Änderung des Textes über die Nutzungsart der Bergleshalle im Rahmen der damaligen Baugenehmigung

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 18.12.2018

Blatt 3

OR Kast (CDU): Dies ist nur symbolisch gemeint, damit der Ortsvorsteher bei Verhandlungen weiß, er kann sich auf den Ortschaftsrat verlassen. Und er steht zu dem, was er verhandelt.

Der Vorsitzende: Der Ortsvorsteher in Persona hat mit der Vorstandschaft der Berglesgemeinschaft schon mehrere Gespräche in Sachen Bergleshalle geführt hat. Und vor zwei Jahren bei der Festmeileneröffnung, als der Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup das Fass angestochen hat, mit diesem bzgl. des Zustandes der Bergleshalle ein paar Worte gewechselt hat, weil er in der räumlichen Nähe zur Bergleshalle saß. Und was der Oberbürgermeister ihm damals gesagt hat, habe er auch so weitergegeben, nämlich ein Konzept vorzulegen, damit darüber gesprochen werden kann. Wenn wir weiter so vorgehen, werden wir Ortschaftsräte zum Akteuer und das sollte nicht so sein. Der Akteur sollte der Verein sein und der Ortschaftsrat sollte dies unterstützen. Und es sei außer Zweifel, dass der Ortschaftsrat nicht hinter dieser Sache steht. Weiter führt er aus, dass über den Antrag nicht mehr abgestimmt werden muss, weil die Stellungnahme des Bauordnungsamtes bereits vorliegt. Nachdem einige Vertreter der Berglesgemeinschaft im Saal sich befindet, könne der Ortschaftsrat gerne signalisieren, dass er sich der Sache bekundet.

Das Bauordnungsamt hat ihn angerufen und gefragt, was es eigentlich machen solle. Er habe dann offen dargelegt, was in der Vergangenheit mit der Bergleshalle schon alles gemacht wurde. Weiter weist er auf die Stellungnahme des Bauordnungsamtes, wo klar darauf verwiesen wird, dass im Außenbereich kein Bebauungsplan erstellt werden kann.

**OR Nagler (CDU)** findet dies einen sehr guten Kompromiss. Und schon alleine, dass durch diesen Antrag heute einige Vertreter der Berglesgemeinschaft anwesend sind, gibt es das Signal, welches seine Fraktion haben wollte. Wir wollen Einigkeit herstellen und dann sind wir wieder voll dabei.

**Der Vorsitzende** stellt nochmals fest, heute über den Antrag nicht abzustimmen. Er macht der Berglesgemeinschaft den Vorschlag, dass sicherlich die Fraktionen gewillt sind, an einen gemeinsamen Tisch zu sitzen und die Diskussion in anderer Form zu führen, was sich wer vorstellen kann und unterstützend tätig zu sein. Die Berglesgemeinschaft hat den Ortschaftsrat an ihrer Seite. Die Bergleshalle ist das Eigentum der Berglesgemeinschaft, in welches sich der Ortschaftsrat nicht einmischen möchte.

Der Ortschaftsrat schließt sich diesen Worten durch einstimmiges Kopfnicken an.

### 37. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 16. Januar 2019

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 4:** Mitteilungen der Ortsverwaltung Stupferich

Blatt 1

**Der Vorsitzende** ruft TOP 4 auf und teilt mit:

#### 1. Errichtung/Erweiterung von Funksende- und Empfangsanlagen

Die OV Stupferich hat dem Liegenschaftsamt auf Anfrage mitgeteilt, dass sie gegen die Erweiterung der bestehenden Funksende- und Empfangsanlage auf dem Grundstück 63729 (Riegelseck) keine Einwände hat.

An dem vorhandenen Mobilfunkmasten sollen vier neue Sendeanlagen angebracht werden, damit die Kapazität der bestehenden Mobilfunknetze erhöht werden kann.

#### 2. Informationen zum "interaktiven Haushalt"

#### 3. Neues Personal bei der Ergänzenden Betreuung an der Grundschule:

Zum 15.12.2018 konnten wir Frau Herbst als Abrufkraft (Ersatz für Frau Frau Faden) und zum 07.01.2019 Frau Weiler als neue Mitarbeiterinnen der Ortsverwaltung begrüßen. Frau Weiler wurde als Betreuerin der neuen 4. Gruppe eingestellt.

#### 4. Faires Parken

Am Montag, 14.01.2019, fand zum "fairen Parken" in Stupferich ein Vororttermin statt, an welchem Vertreter des Ordnungs- und Bürgeramtes, Stadtplanungs- und Tiefbauamtes sowie der Ortsverwaltung teilgenommen haben.

Am gestrigen Dienstag wurden in Stupferich bereits die ersten "Knöllchen" verteilt (20 €, 30 € nach einer Stunde). Seitens des Ordnungs- und Bürgeramtes wurde eine regelmäßige Kontrolle, auch am Abend, zugesagt.

#### 5. Sachstand Offener Jugendtreff

Die Ortsverwaltung und der Ortschaftsrat hatten für Montag, 26.11.2018 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 21 Jahren zu einer Auftaktveranstaltung "Offener Jugendtreff" ins Gemeindezentrum eingeladen, um ihnen die Auswertung der Fragebogenaktion, der ein Antrag der FWV-OR-Fraktion vorausgegangen war, präsentieren zu können.

An diesem Abend waren auch einige Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte anwesend und haben gemeinsam mit den Jugendlichen eine rege Diskussion geführt.

Letztendlich wurden Aufgaben verteilt.

Die Jugendlichen wurden aufgefordert, einen Jugendvorstand zu gründen, der als Sprachrohr zur Ortsverwaltung eingesetzt werden soll. Dies ist mittlerweile geschehen.

Die Ortsverwaltung sollte Kontakt mit dem Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft aufnehmen, um die Nutzungsänderung zu besprechen. Das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft hat mittlerweile der Nutzungsänderung zugestimmt.

#### **Protokoll Seite 8**

#### 37. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 16. Januar 2019

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 4:** Mitteilungen der Ortsverwaltung Stupferich

Blatt 2

So findet am morgigen Donnerstag das erste Treffen zwischen Ortsverwaltung und der Bauabteilung der Ortsverwaltung Wettersbach statt.

Am darauffolgenden Donnerstag folgt die nächste Besprechung, an welcher dann auch der Jugendvorstand und Vertreter des Stadtjugendausschusses teilnehmen werden.

37. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 16. Januar 2019

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 5:** Verschiedenes

Blatt 1

Der Vorsitzende ruft TOP 5 auf und teilt mit:

 Lärmschutzwand An der Klam/Illwig – Umlegung der Kosten auf die Anwohner

Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen und Kostenerstattungsbeträgen in Karlsruhe vom 28. März 2006 (Amtsblatt vom 5. Mai 2006), zuletzt geändert durch Satzung vom 27. November 2018 (Amtsblatt vom 7. Dezember 2018) **trat am 01.01.2019 in Kraft.** 

Die Satzung findet man auf der Homepage der Stadt Karlsruhe: www.karlsruhe.de/Stadt und Verwaltung/Stadtverwaltung/Stadtrecht/ unter Punkt 6. Bau- und Wohnungswesen, Straßen, Gewässer, 6.1 Allgemeines

2. Auftragsvergabe Einsammlung und Transport von Wertstoffen in den Ortschaften Grötzingen, Hohenwettersbach, Wettersbach und Stupferich Der gemeinderätliche Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 04.12.2018 der Vergabe der Dienstleistung zur Einsammlung und Transport von Wertstoffen in den Ortschaften Grötzingen, Hohenwettersbach, Wettersbach und Stupferich für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 mit zweimaliger Verlängerungsoption um jeweils 12 Monate zugestimmt. Die Verwaltung wurde ermächtigt, den Zuschlag zu erteilen und einen Vertrag mit der Firma Kurz Entsorgung GmbH für die Dauer von maximal 3 Jahren zu schließen.

**OR Baumann (FWV)** bedankt sich bei der verantwortlichen Person, die den Weihnachtsbaum vor dem Rathaus ausgesucht hat. Dieser war sehr schön. Er persönlich habe diesbezüglich viele Komplimente entgegengenommen, die er nun gerne weitergeben möchte.

**Der Vorsitzende** schließt – nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen – den öffentlichen Teil um 20:05 Uhr. Er bedankt sich bei den anwesenden Bürgern und dem Pressevertreter.

#### **Protokoll Seite 10**

Blatt 2

## 37. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 16. Januar 2019

- öffentlicher Teil -

**Der Vorsitzende:** 

Protokoll zu

**TOP 5:** Verschiedenes

Alfons Gartner, Ortsvorsteher

Protokollführerin:

Sonja Doll (OV Stupferich)

**Urkundspersonen:** 

OR Manfred Baumann (FWV)

OR Ludwig Kast (CDU)